

Prof. Dr. Christian Palentien, Vorsitzender der Sachverständigenkommission des 16. Kinder- und Jugendberichts

Hier: Stellungnahme als Sachverständiger zum 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung

- Nach § 84 des 8. SGBs legt die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat in jeder Legislaturperiode einen Bericht über die Lage der jungen Menschen vor; der 16. Kinder- und Jugendbericht befasst sich mit der „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“
- Ich möchte an dieser Stelle zweierlei machen, nämlich ihnen die Rahmenbedingungen des 16. Kinder- und Jugendberichts vorstellen, bevor ich dann zur Struktur komme.
- Vorweg: Der Tenor des 16. Kinder- und Jugendberichts lautet, dass politische Bildung wesentlich **mehr Gewicht** braucht, und zwar bezogen auf die **gesamte Lebensspanne** junger Menschen – also angefangen von der frühen Kindheit bis ins späte Jugendalter – bezogen auf **alle Lebensbereiche** – **im Bericht werden diese als soziale Räume beschrieben** – **und bezogen auf alle Lebenslagen**.
- Der Bedarf an mehr politischer Bildung liegt in den Herausforderungen begründet, vor denen wir heute stehen, aber auch vor direkten Gefährdungen der Demokratie.
- Zu den großen **gesellschaftlichen Herausforderungen** – die vor keiner nationalstaatlichen Grenze halt machen und im Bericht ausführlich als sog. Gesellschaftliche Megatrends beschrieben werden – zählen die Ambivalenzen der Globalisierung, der Klimawandel und Naturzerstörung, die Bewältigung der Pandemie, Flucht und Migration, die Ambivalenzen der Digitalisierung sowie die Folgen des demographischen Wandels oder Aufrüstung und Kriegsgefahr.
- Hinzu kommen **Phänomene, die die Demokratie in ihrer Substanz gefährden**, wie z. B. gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen, das Empfinden der Bedrohung gesellschaftlichen Zusammenhalts, autoritärer Nationalismus, Rechtsextremismus und –populismus sowie „Islamismus“.

- Die dargestellten Phänomene sind nicht nur in der Lage, die Demokratie in ganz erheblicher Weise zu gefährden, vielmehr betreffen sie Kinder und Jugendliche schon sehr früh in ihrem Lebenslauf. Die Antwort, die der 16. Kinder- und Jugendbericht gibt, um hierauf zu reagieren, lautet: **Wir brauchen mehr politische Bildung, und zwar transnational und an dem orientiert, was wir heute die (post-)migrantische Gesellschaft nennen.**
- Wie eine solche und gute politische Bildung aussehen kann, und zwar bezogen auf **fast alle relevanten Lebensbereiche von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen**, genau das ist dann auch Gegenstand des Berichts, der sich in drei große inhaltliche Bereiche gliedert:
- Der erste Teil des Berichts ordnet das Thema in eine **Zeitdiagnose** ein, um dann unterschiedliche **Begriffe und Konzepte** zu klären, wie Politik, Demokratie und politische Bildung.
- Im Zentrum des zweiten Teils des Berichts stehen alle für die politische Bildung von Kindern und Jugendlichen relevanten **sozialen Räume**. Da politische Bildung im **Alltag** von Kindern und Jugendlichen stattfindet, wird in diesem Teil der Alltag genauer angeschaut und beispielsweise analysiert:
 - Die Familie und die Kindertagesbetreuung,
 - die schulische und die außerschulische Bildung,
 - die Berufsbildung und die Hochschule,
 - aber auch soziale Bewegungen und Parteien,
 - die Freiwilligendienste und die Bundeswehr,
 - bis hin zu Medien und digitalen Welten.
- Die **Handlungsempfehlungen** bilden dann den dritten Berichtsteil: Für jeden Bereich werden ganz konkrete Forderungen formuliert.
- Nehmen wir beispielsweise die **Schule** als eine Einrichtung, die alle Kinder und Jugendlichen erreicht: Dort fordern wir ganz konkret für alle Schulformen und alle Schulstufen ein Minimum von 2 Stunden Politikunterricht in der Woche oder auch eine Reduzierung fachfremden Politikunterrichts. Aber auch beispielsweise mehr **Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern** im Sinne eines ganz praktischen Demokratielernens. Die Feststellung, dass es mehr politische Bildung in den Schulen braucht, gilt übrigens ganz genauso für die **Berufsschulen - einem weiteren Kapitel in unserem Bericht.**

- Zum Schluss noch ein Satz zu **Corona**: Ab dem Frühjahr letzten Jahres hat die Pandemie auch die Arbeit als Sachverständigenkommission beeinflusst, **und zwar nicht nur**, weil diese anders organisiert musste, **sondern auch**, weil die Pandemie erhebliche Auswirkungen auf das Leben und damit auch auf die politische Bildung von Kindern und Jugendlichen hatte und auch noch hat. So besteht beispielweise für den Bildungssektor die Gefahr, dass sich ohnehin bestehende Benachteiligungen in Zeiten der Pandemie weiter verfestigen.
- Demokratische Gesellschaften benötigen mündige Bürgerinnen und Bürger, die in der Lage sind, ihre Interessen in Politik und Gesellschaft zu vertreten und aktiv mitzugestalten. Wie dieses gelingen kann im Kindes- und Jugendalter, das zeigt der 16. Kinder- und Jugendbericht umfassend auf.